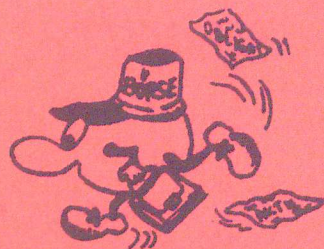


DER ROTE BÖRSENKRACH



Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft

Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK) - November 2001 - Preis: 5ÖS



*Die Autonomie,
die ich meine
E. Glaser*

Inhalte:

<i>Editorial & Impressum</i>	2
<i>Die Unireform</i>	3
<i>Der neue Studienplan</i>	5
<i>Institutsklatschonkel</i>	7
<i>Equality of Opportunity</i>	8
<i>Tobin Tax</i>	11
<i>Nobel Memorial Price</i>	14
<i>Eines Tages in Dharamsala...</i>	16
<i>Schwarzbuch Markenfirmen</i>	18

Meinung?

Wie auch der letzte RBK gibt es auch bei diesem die Möglichkeit in der Online-Ausgabe zu jedem Artikel Kommentare abzugeben.

Wir würden uns freuen, wenn diese Möglichkeit auch genutzt werden würde.

Impressum:

Der RoteMedienhaber, Herausgeber und
Verleger: Hanappi Tibor c./o.
Studienrichtungsvertretung Volkswirtschaft,
Alle: Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Eigenvervielfältigung

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Sommerferien sind vorbei - der RBK ist wieder da. Unsere Anschläge finden - entgegen der Tendenz in letzter Zeit - höchstens aufs Bewusstsein statt und haben keinerlei religiös motivierten Hintergrund. Auch vom Kampf der unterschiedlichen Arbeitskulturen ist unsere Zeitung bislang verschont geblieben und erscheint deshalb weiterhin ungestört. Für eine Auseinandersetzung mit dem Terror und dem bewaffneten Konflikt in Afghanistan haben wir in dieser Ausgabe keinen Raum gefunden, vor allem da sich Gedanken von RBK-AktivistInnen zu diesem Thema bereits in der soeben erschienen Ausgabe der Zeitschrift "Unique" finden und wir den LeserInnen eine Redundanz der Argumente ersparen wollen. Trotz des mittlerweile herbstlichen Wetters können wir uns nicht ganz von den Erinnerungen an die nun unendlich fern scheinenden wärmeren Tage des Jahres befreien, daher ist in dieser Ausgabe das Hirnprodukt ausgiebiger Studienreisen in die entlegensten Winkel der Welt zu finden, nämlich ein Beitrag über Tibet. Dieser beschäftigt sich genauer gesagt mit marxistischen und anderen Entwicklungs- und Geschichtstheorien am Beispiel des Landes im Himalaja. Natürlich schweifen wir nicht nur in weite Ferne, sondern bleiben auch auf dem Boden des Realismus, wenn wir uns ansehen, welche Probleme der neue Studienplan VWL seit seiner Einführung vor mittlerweile mehr als zwei Jahren mit sich gebracht hat. Einiges scheint da ja noch nicht hundertprozentig zu funktionieren. Neu im Programm findet sich eine institutionalisierte Institutsspalte, in der von nun an regelmäßig Klatsch und Tratsch rund um das WIWI zu finden sein wird. Schwerpunkt sind diverse personelle Änderungen. Ein weiteres inhaltliches Thema stellt die sogenannte "Tobin-Tax" dar, die zwar in letzter Zeit dauernd in den Medien herumgeistert, von der aber offenbar niemand so genau weiss, was sie eigentlich sein soll. Mit den unterschiedlichen Ansichten James Tobins und der GlobalisierungsgegnerInnen bzw. der Organisation ATTAC, die ja nicht zu diesen gezählt werden möchte, beschäftigt sich der Artikel "Warum James Tobin nichts mit den 'Antiglobalisierungsrevoluzzern' gemein haben will". Der diesjährige Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften wurde im Bereich Informationsökonomie vergeben, wir berichten, für welche Erkenntnisse die Preisträger Akerlof, Spence und Stiglitz ausgezeichnet wurden. Genauer hingesehen haben wir auch beim Schwarzbuch Markenfirmen, ein Bericht gibt Aufschluss über die Verteidigungslinie von McDonald's und Co. Im Übrigen findet sich noch ein Beitrag zur Gerechtigkeitstheorie, der sich mit dem Inhalt eines Vortrages von John Roemer auseinandersetzt, bei dem, wie auch auf dem Cover dieser Ausgabe, eine für den RBK unübliche Technik Anwendung findet - nämlich von Hand gezeichnete Bilder. Viel Vergnügen also mit diesen Neuerungen und bis bald, die RBK-AktivistInnen

Die Unireform

Bildung als Ware für mundtote Studierende Zwischen Diktat der Wirtschaft und politischer Willkür

Eine Ministeriumslüge lautet: Das Ziel der Unireform ist eine autonome Universität.

Das zu behaupten ist wirklich schamlos, denn es handelt sich um das genaue Gegenteil. Der vom Ministerium vorgelegte Gestaltungsvorschlag für die Regelung der Autonomie spricht eine eindeutige Sprache.

Der aktuelle Bedarf an AbsolventInnen sowie politische Willkür sollen in Zukunft entscheidend ein. Die Universitätsangehörigen - allen voran die Studierenden - werden mundtot gemacht. Autoritäre Strukturen sollen die Umsetzung der "Wünsche" von Wirtschaft und Politik effizienter machen. Die Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen wird durch die entstehenden Abhängigkeiten massiv bedroht. Emanzipatorische und kritische Inhalte bleiben auf der Strecke. Bildung wird zur Ware, bestimmt von Wirtschaft und Politik.

Mitbestimmung ade!

Durch erste Reformschritte (Studiengebühren und Dienstrecht) wurden die Studierenden, sowie der Input an Lehr- und Forschungsleistung steuerbar gemacht. Steuerungsmöglichkeiten haben aber nur Sinn, wenn mensch den Steuerknüppel nicht aus der Hand gibt.

Dementsprechend ist die demokratische Mitbestimmung der Betroffenen, insbesondere der Studierenden, nur ein Hindernis. Ziel ist es, die Universität so zu strukturieren, dass die Wünsche der Wirtschaft und/oder politische Interessen möglichst direkt und effizient umgesetzt werden können. Dementsprechend wird die Mitbestimmung auf eine Ebene (Senat) konzentriert und diese zu einem "Pseudogremium" degradiert. Die Interessen der Betroffenen zählen nicht mehr, schnelle Anpassung an Markt und Politik ist gefragt.

Im Detail sieht der Gestaltungsvorschlag des Ministeriums dazu folgendes vor: Der Universitätsrat und dessen verlängerte Hand, der Rektor oder die Rektorin, soll monokratisches Entscheidungsorgan werden und (all)umfassende Entscheidungsgewalt bekommen. Besonders fatal, da der Universitätsrat mit fünf uni- externen(!) Personen besetzt werden soll, die daher zwangsläufig keinen direkten Uni-Bezug haben, dafür aber genau wissen, was die Wirtschaft und/oder die Politik will. Zwei der Mitglieder des Uni-Rats wer-

den vom Ministerium bestimmt, zwei vom Senat, diese vier wählen dann das fünfte. Der Senat wiederum wird in Zukunft 12-24 Mitglieder haben. Davon sollen ein Viertel Studierende sein, ein bis zwei VertreterInnen der AssistentInnen und ein bis zwei der Universitätsbediensteten werden ebenfalls dabei sein, der Rest besteht aus ProfessorInnen. Diese haben daher in jedem Fall eine Mehrheit im Senat.

Kollegialorgane im ursprünglichen Sinne wird es keine mehr geben, Entscheidungen werden von Führungskräften getroffen. Damit entfällt die Bedeutung von Fakultätskollegien und Studienkommissionen. Studienpläne soll nun der Uni-Rat beschließen - eine klare Tendenz zur Zentralisierung. Er wählt auch den Rektor/die Rektorin (und gegebenenfalls selbstverständlich wieder ab), segnet den vom Rektor/der Rektorin vorgelegten Organisationsplan der Universitäten ab, der die Struktur der Universität festlegt, und beschließt die Leistungsvereinbarung der Universität mit dem Ministerium.

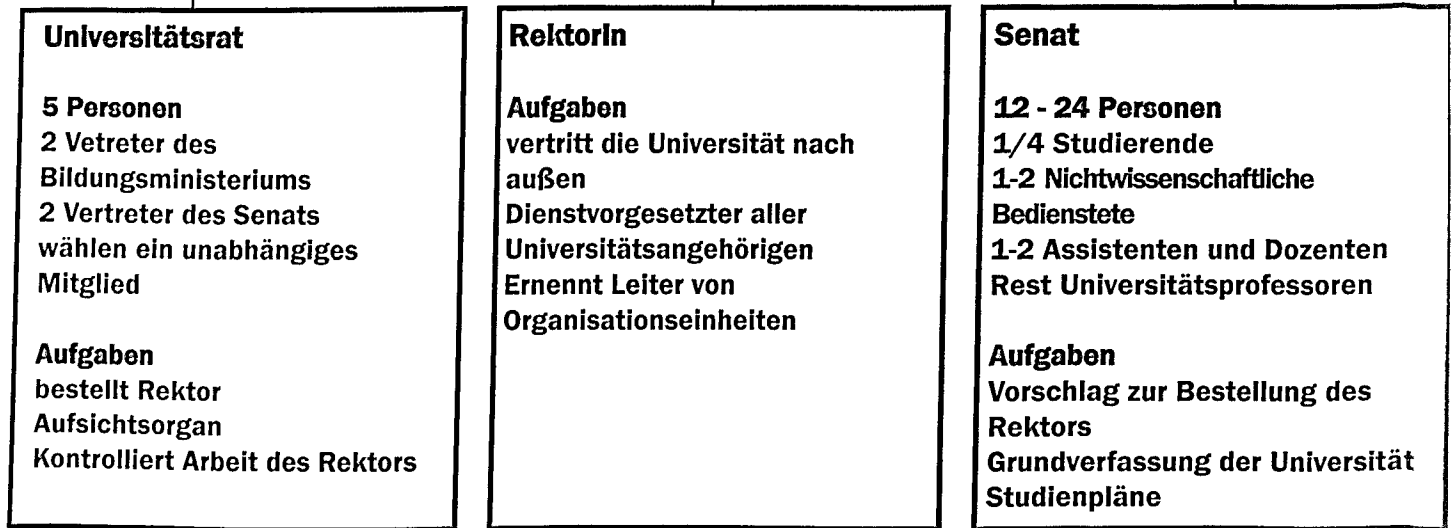
Da die Aufgabe der Studienrichtungsvertretungen bislang laut Gesetz gerade in der Interessensvertretung in den demokratischen Gremien lag, entfällt ihre Funktion genau so wie die der Fakultäts- und Univertretung. Die Rolle der ÖH - solange sie nicht auch formell abgeschafft wird - kann daher höchst noch in Serviceleistungen liegen. Ob sich irgendjemand findet, diese wie bisher gratis in seiner Freizeit anzubieten, ohne sonst irgendein Mitspracherecht zu haben, sei dahingestellt - aber die Aktionsgemeinschaft war vom Service ja schon immer so begeistert.

Finanzielle Daumenschraube

Nicht nur die autoritäre Entscheidungsstruktur führt zum Gegenteil von Autonomie. Auch über die Finanzierung werden neue Abhängigkeiten geschaffen. Die Kriterien, nach denen die Finanzierung erfolgen soll, sind so schwammig formuliert, dass ein bisschen Phantasie des Ministeriums ausreicht, um die Budgetzuweisung willkürlich zu gestalten. Diese finanzielle Abhängigkeit soll dem Ministerium - zusätzlich zum Einfluss über den Uni-Rat - die gewünschte Kontrolle sichern.

Wenn ausreichende staatliche Finanzierung ausbleibt,

Leitung der Universität



ist die Einwerbung von Drittmitteln eine Existenzfrage. Eine Bedrohung bedeutet das vor allem für Studienrichtungen, die nicht anwendungsorientiert "genug" sind, um ausreichend Drittmittel lukrieren zu können.

Die Vermittlung von direkt am Markt verwertbaren Qualifikationen wird durch Drittmittel von der Wirtschaft finanziert und auch vom Ministerium finanziell bevorzugt behandelt. Weniger anwendungsorientierte Studienrichtungen, die sich beim Einwerben von Drittmitteln schwer tun, werden doppelt bestraft.

Die Abhängigkeiten in Form von Vermarktungszwängen, die durch diese "Reform" geschaffen werden, bedeuten eine massive Bedrohung der Freiheit von Forschung und Lehre. Die Lernfreiheit fällt dieser Reform gänzlich zum Opfer. Kontinuierliche Grundlagenforschung, deren Nutzen der Markt oft nicht erkennt oder unterbewertet, wird beinahe unmöglich. Wenn Bildung mehr sein soll, als das Vermitteln von Qualifikationen, dann ist diese Reform das Ende der Bildung.

Sozialstaat Österreich

V O L K S B E G E H R E N

Die UnterzeichnerInnen begehren folgende Ergänzung der österreichischen Bundesverfassung:

"Österreich ist ein Sozialstaat.

Gesetzgebung und Vollziehung berücksichtigen die soziale Sicherheit und Chancengleichheit der in Österreich lebenden Menschen als eigenständige Ziele.

Vor Beschluss eines Gesetzes wird geprüft, wie sich dieses auf die soziale Lage der Betroffenen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auswirkt (Sozialverträglichkeitsprüfung).

Die Absicherung im Fall von Krankheit, Unfall, Behinderung, Alter, Arbeitslosigkeit und Armut erfolgt solidarisch durch öffentlich-rechtliche soziale Sicherungssysteme. Die Finanzierung der Staatsausgaben orientiert sich am Grundsatz, dass die in Österreich lebenden Menschen einen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage angemessenen Beitrag leisten."

mehr Infos, unterstützen

www.sozialstaat.at

Der neue VWL-Studienplan

Ein Zwischenstand

Dieser Artikel versucht Bilanz zu ziehen, welche Probleme viele Studierende und dadurch auch uns seit der Einführung des neuen Studienplanes beschäftigen.

1. Abschnitt

Eine der wesentlichen Innovationen im ersten Abschnitt ist die Einführungsvorlesung mit Arbeitskreis.

Betrachtet frau/man zur Beurteilung der Einführung das verwendete Buch, fällt dabei auf, dass dieses (Frank) unserer Ansicht nach extrem schlecht ist (nicht nur in optischer Hinsicht). Die wichtigsten (mikro-) ökonomischen Werkzeuge (wie z.B. Grenznutzen, böse Zungen verweisen hier insbesondere auf die Hamburger/Softdrink Problematik) werden auf sehr einführendem Niveau behandelt. Ob diese Einführung aber wirklich geeignet ist, jemanden für das VWL-Studium zu motivieren, darf bezweifelt werden. Wäre es nicht interessanter, auch über die gesellschaftliche/politische Relevanz der Ökonomie und ihrer Modelle etwas zu erfahren?

Außerdem erfüllt sie den offenbar einzigen von ihr geforderten Zweck, nämlich auf die MikroI vorzubereiten, nicht. Das beweisen erstens manche StudentInnen, die, weil sie schiefsemestrig eingestiegen sind, Einführung und Mikro pro forma im gleichen Semester besuchen. Nachdem die Vorlesungen auch noch gleichzeitig abgehalten werden, besuchen sie dann de facto nur die Mikro - wenn sie nicht mehr Zeit als notwendig mit dem ersten Abschnitt verbringen wollen - ohne dabei etwas von der Einführung zu vermissen. Zweitens ergab unsere bei Drittsemestrigen durchgeführte Umfrage ein ähnliches Bild.

Angesichts der Tatsache, dass StudentInnen im ersten Semester noch bereit sind ihr Studium zu wechseln, ist die Akzeptanz der Einführung für die von Studierenden nicht gerade überlaufene VWL sicher keine unwesentliche Frage. Immerhin konnten wir eine Verbesserung erzielen, da der neue Lehrveranstaltungsleiter, Konny Podczech, zumindest manchmal über das Buch hinausgeht. Wie sich die Arbeitskreise(AK) von den üblichen (Rechen-)Übungen(UE) unterscheiden, bleibt aber höchst rätselhaft. Ausserdem brauchen wir den Vergleich mit der BWL-Einführung nicht zu scheuen: Die ist mindestens genauso schlecht, wenngleich auch aus anderen Gründen.

Mathematik

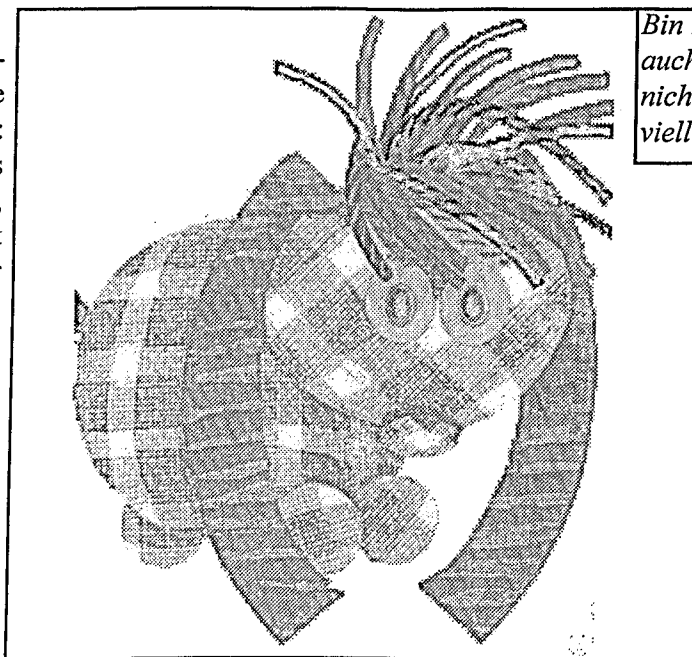
Weiters wurden mit dem neuen Studienplan die Vorlesungen und die Übungen aus Mathematik ausgeweitet. Das erscheint insofern problematisch, als diese Ausweitung anscheinend nicht dazu verwendet wurde, den bisherigen Stoff ausführlicher und verständlicher zu erklären und besser zu üben, sondern lediglich dafür, den Stoff auszuweiten. Extrem negativ formuliert hat das folgende Konsequenz: Die Studierenden können nun mehr Stoff, den sie, bis sie ihn im zweiten Abschnitt - wenn überhaupt - wirklich brauchen, wieder vergessen, weil sie ihn nie richtig gelernt haben.

IUK

Die dritte wesentliche Neuerung ist wohl der integrierte Universitätskurs (IUK) und der dadurch erneuerte Prüfungsmodus.

Den IUK zu kritisieren ist sehr schwierig, weil es vermutlich kaum zwei IUKs gibt, die nach dem gleichen Schema ablaufen. Gennereell gilt folgendes: Die genauen Prüfungsbedingungen sind zu Beginn der Lehrveranstaltung nach wie oft unpräzise angekündigt. Die gesetzliche Regelung, dass für jede Prüfung drei Prüfungstermine angeboten werden müssen, wird im allgemeinen durch Ausrufung eines "prüfungsimmanenten Lehrveranstaltungscharakters (1)" umschifft. Zwar bieten manche Vortragende weitere Termine an, oft passiert dies aber nur - wenn überhaupt - auf Drängen der Studierenden. Minimalstandard können wohl nur drei Antrittsmöglichkeiten sein. Viel muss frau/man nicht nachdenken, um sonst Problemfälle zu konstruieren: wenn frau/man bedenkt, dass im Jänner und Juli sich Prüfungen derart häufen, dass oft Zweittermine im März/Oktobre auch von den "fleissigsten, immer brav mitlernenden" StudentInnen wahrgenommen werden (müssen!). Ein weiterer Beweis dafür, dass es nicht sehr intelligent war, den Prüfungsmodus völlig freizugeben, hat ja bekanntlich der mittlerweile Vollzeitgrüne Van der Bellen geliefert: Die Einführung in die Finanz ca. vierzehntägig mit Kreuzerltests zu prüfen, ist wohl keine pädagogische Glanzleistung. Nachdem es jetzt mittlerweile an der Uni Wien schon in Sprachkursen Mid-term Tests gibt, versuchen manche am WiWi (z.B. Kerschbamer) anscheinend nun den Gymnasien (drei Schularbeiten pro Semester) Konkurrenz zu machen.

Was die pädagogischen Vorteile des IUK betrifft: Hausübungen hat es immer schon gegeben, Vorlesungen sind jetzt genauso viel oder wenig Frontalunterricht wie früher, auch wenn sie Teile von IUKs sind, und wenn Vorlesungen und Übungen jetzt wirklich besser abgestimmt wären als zuvor, würde das wohl ausschliesslich an der Initiative der LehrveranstaltungsleiterInnen liegen und nicht an der Proklamation von IUKs. Wer "pädagogische Vorteile" des IUK erkennt möge sie uns bitte mitteilen..



Bin kein Fisch, kein Pony und auch kein Nilpferd und kein Hund, nicht einmal ein Hundefloh - vielleicht ein IUK?

2. Abschnitt

Die Einführung von Ökonometrie als Pflichtfach für VolkswirtInnen wäre an sich nicht das Problem. Allerdings sind diese vier Stunden Ökonometrie arbeitsintensiv wie mindestens sechs durchschnittliche VWL-Stunden. Weiters scheint es nicht sehr vernünftig, dass frau/man zwar den ersten Teil des Ökonometrie Angebots (Öko 1) absolvieren muss, dieser allerdings ohne den zweiten Teil (Öko 2) eigentlich wenig Sinn macht.

Studierende, die das wollen, was der Studienplan vorsieht, nämlich eine vierstündige Ökonometrie-Lehrveranstaltung besuchen und kein Interesse an einer (wohlgemerkt guten) mindestens 10-stündigen Ökonometrieausbildung haben, werden also von der Uni Wien bei weitem nicht optimal versorgt. Auch an anderen Unis ist es keineswegs so, dass mensch Ökonometrie sinnvoll nur im Zehner-Pack absolvieren kann.

Lehrveranstaltungsangebot

Der zweite Studienabschnitt bringt für die Studierenden viele Wahlfreiheiten. Allerdings sind diese durch das Lehrveranstaltungsangebot eingeschränkt. Es wird wohl niemand ein Problem haben, Lehrveranstaltungen aus ökonomischer Theorie zu finden. Dabei ist die Makroökonomie jedoch klar unterrepräsentiert. Deutlich geringer ist schon das Angebot in Finanzwissenschaft, aber im Bereich der Angewandten Ökonomie schaut die Situation schlichtweg düster aus. Hoffentlich wird die Winckler-Vertretung zum

Positiven beitragen. Auch auffallend: Wer im Wahlfach nicht noch einmal Theorie-Stunden absolvieren will, findet auch eher selten interessante Lehrveranstaltungen, es sei denn ausserhalb des WiWi Institutes. Allerdings es ja bekanntlich nicht unbedingt ein Nachteil, Lehrveranstaltungen zu besuchen, die nicht vom WiWi angeboten werden.

Zu den Formalitäten: Am Dekanat wurde durch eine

sehr textnahe Auslegung des Studienplans ein 6. Fach (Weitere Wahlfächer ... über 8 SST) kreiert. Das führt dann natürlich zu einem wenig aussagekräftigen Zeugnis. Wer seinen Notendurchschnitt optimieren will, sollte sich allerdings mit diesem 6. Fach näher auseinandersetzen. Ausserdem gibt es, obwohl von uns in der letzten Stuko ein derartiger Mechanismus eingefordert wird, noch keinerlei genaue Informationen, wie frau/man zu der Bestätigung kommt, in drei verschiedenen Fächern Referate abgehalten zu haben.

Die meisten dieser Misstände wurden aber nicht zwangsläufig durch den neuen Studienplan hervorgerufen, denn vieles steht zwar damit im Zusammenhang, wurde aber eigentlich hauptsächlich dadurch ausgelöst, dass manche Lehrenden ihren Spielraum (und den hat der neue Studienplan zweifelndfrei vergrößert) voll, und unserer Ansicht nach zu Lasten der Studierenden, ausnutzen.

Insbesondere darf frau/man nicht übersehen, dass der neue Studienplan die Lehrenden nicht dazu zwingt, sich immer lustigere Prüfungsmodalitäten auszudenken, sondern dies lediglich ermöglicht. Uns StudentInnen bleibt also weiterhin übrig, vernünftige Lehrinhalte einzufordern und auf sinnvolle Prüfungsmodalitäten zu bestehen. Und im zweiten Abschnitt kann frau/man immerhin den schlechtesten Lehrveranstaltungen oft ausweichen...

(1) D. h. dass die Benotung durch laufende Bewertung der Leistung der StudentInnen während der Übung erfolgt. Wenn z.B. eine Übung mit 5% Mitarbeit und 95 % Test bewertet ist, wird sie prüfungsimmanent genannt (auch wenn sie es ja nicht wirklich ist). Für prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen gilt die Regelung (drei Prüfungstermine pro Semester) eben nicht.

Institutsklatschonkel

Die Personalfluktuationen in der Hohenstaufengasse haben sich in letzter Zeit stark erhöht.

Mit der Emeritierung von Professor Streissler verwaist der angeblich älteste Lehrstuhl für Ökonomie im deutschen Sprachraum, auf dem einst schon Menger seinen Hintern wärmte. Für Professor Sorger, der als Nachfolger bereits feststeht, ist dank Elisabeth Gehrler in absehbarer Zeit kein Geld vorhanden. Professor Streissler hat jedoch keineswegs vor, sich der wohlverdienten Altersruhe hinzugeben, sondern wird uns weiterhin mit seinen pointiert reaktionären Äusserungen die Vorlesungszeit verkürzen (für Interessierte empfehlen wir die Salzburger Nachrichten vom 4.9.2001, S.3). Professor Belke, der erst vor einem Jahr die Vertretung des weiterhin munter vor sich hin rektorenden Professors Winckler übernommen hatte, ist einem Ruf ins deutsche Hohenheim gefolgt und hat das Institut verlassen. Eine junge Forscherin aus Italien ist, neben einigen deutschen Bewerbern, aussichtsreiche Kandidatin für seine Nachfolge. Sie würde damit zur ersten ProfessorIN in der Geschichte des WiWi.

Bekannt ist, dass sie einige Zeit bei der Weltbank tätig war, ihre Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen im Bereich Geldpolitik und Aussenwirtschaft. Rektor Winckler ist nun in der Position, über seine eigene Vertretung zu entscheiden - wir hoffen das Beste.

Auch in der Finanzwissenschaft gibt es einen weiteren Abgang. Rudi Kerschbamer verlässt uns Ende des Semesters in Richtung Innsbruck, wo er von nun an Ordentlicher Universitätsprofessor genannt werden wird. Wir gratulieren!

Ebenfalls abgängig ist Leo Kaas, dessen Homepage-Löwe nun in Kalifornien an der UCLA ein neues Heim gefunden hat. Bislang jedoch nur vorläufig, endet sein Schrödinger-Stipendium doch mit Ende des Studienjahres. Die Makro AssistentInnen am Institut bleiben also Mangelware, da auch Sylvia Kaufmann nicht an eine Rückkehr von der ÖNB denkt.

Einziger fixer Neuzugang ist Alfons Weichenrieder, der bis zur Rückkehr Van der Bellens aus der Politik

am WiWi verbleibt. Seine Vorlesungen gestalten sich bislang als erbitterter Wettkampf zwischen den Studierenden und seinem bayrischen Redeschwall - wird es ihm gelingen den Satz zu beenden bevor die nächste ZuhörerIn einschläft, oder ist sie wieder einmal schneller?

Was gibt's sonst Neues?

Im nächsten Sommersemester wird Professor Dierker Erstmals seit Menschengedenken seine Vorlesung aus allgemeiner Gleichgewichtstheorie ausfallen lassen und ein Forschungssemester einlegen. Die zahllosen enttäuschten FixpunktsatzfetischistInnen können wir aber beruhigen: Konny Podczeck wird ihn würdig vertreten.

Ein weiteres Mal fand dieses Monat ein Erasmus Informationsabend statt. Dr. Ania-Martinez kümmert sich herzerwärmend um die Fragen potentieller Erasmus Studierender. Dies verdient umso mehr Hochachtung, als sich der offizielle Erasmus Koordinator Professor Manfred Nermuth

kaum noch um die Erasmus-Information kümmert.

Auf Anregung der Studierenden wurde über den Sommer der Lesesaal der Bibliothek ausgemistet - die Uraltwälzer sind aus den Regalen in den Keller gewandert. Leider findet sich dort statt aktueller Lehrbücher nur mehr gährende Leere. Offizielle Begründung seitens der Bibliotheksleitung ist die Tatsache, dass von relevanten Büchern meistens nur ein Exemplar existiert und es für die Bibliothek unadministrierbar ist, diese sowohl im Handapparat öffentlich zugänglich zu machen als auch die Möglichkeit der Ausleihe zu gewährleisten...

Kommenden Jänner beruft Vorsitzender Rosner wieder mal eine Studienkommissionssitzung ein. Habt Ihr also irgendwelche studienspezifischen Probleme oder Anregungen, teilt sie uns rechtzeitig mit, damit wir sie auf die Tagesordnung setzen können!



John Roemer: Equality of Opportunity

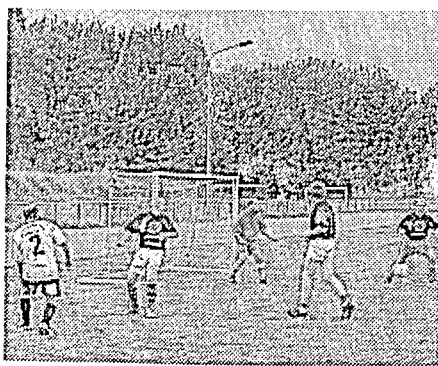
Im vergangenen Juni hielt John Roemer, Professor für Ökonomie und Politikwissenschaften an der Yale University und einer der führenden Rational Choice-Theoretiker, einen Vortrag am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM). Thema desselben war "Equality of Opportunity", also Chancengleichheit.

Ausgehend von der Idee, dass ProponentInnen unterschiedlichster politischer Ansichten sich darin einig seien, es solle etwa bei der Besetzung einer Stelle nur auf die Qualifikation der BewerberInnen ankommen und nicht auf deren Geschlecht oder Ethnie, untersucht Roemer, welche Auswahlregel tatsächlich zur Chancengleichheit aller relevanten KandidatInnen führt.

Grundlegend lassen sich zwei Konzepte von Chancengleichheit unterscheiden. Das erste ist das "level the playing field"-Prinzip. Hierbei sollen alle mit dem relevanten Potential um eine Position konkurrieren, wobei Unebenheiten im Spielfeld insofern ausgeglichen werden, als Benachteiligungen - etwa durch die soziale Herkunft mancher KandidatInnen - durch zusätzliche Unterstützung bei der Ausbildung kompensiert werden. Das andere ist das "Nichtdiskriminierungsprinzip", bei dem sich alle KandidatInnen mit den relevanten Qualifikationen im Pool finden, also Merkmale wie Ethnie, Religion oder Geschlecht irrelevant sind. Ein Ausgleich für unterschiedliche Ausgangspositionen erfolgt jedoch nicht. Wie mensch leicht erkennt ist das "level the playing field"-Konzept das weitergehende. Während dieses etwa bei der Ausbildung von Kindern, die in den USA aus Gemeindesteuern des Schulbezirks finanziert wird, gleiche oder sogar größere Ausgaben für die Kinder aus armen Schulbezirken fordert, läßt jenes die bessere Finanzierung der Schulen in den reichen Bezirken unverändert. Betrachtet mensch Kinder nämlich als "Produktionseinheit" mit internen (z.B. Familie, Nachbarschaft) und externen (LehrerInnen, Schule) Inputfaktoren, so besagt die "level the playing field"-These, dass die Kinder für schlechte interne durch bessere externe Inputfaktoren kompensiert werden müssen.

Obwohl Chancengleichheit ein allgemein anerkanntes Prinzip ist, herrschen sehr unterschiedliche Ansichten über das Ausmaß der Faktoren, die egalisiert werden sollen. Mögliche Bereiche für die Anwendung einer Politik der Chancengleichheit sind etwa Ausbildung, Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Einkommen oder Wohlfahrt. Roemer formalisiert nun ausgehend von folgenden Prämissen eine Politik der Chancengleichheit (Equal Opportunity Policy):

Vor dem Wettbewerb sollen die Chancen ausgeglichen werden (leveling the playing field), im Wettbewerb soll das Abschneiden in der Eigenverantwortung der Individuen liegen. Welche Eigenschaften der Individuen stellen nun die Unebenheiten im Spielfeld dar, die nivelliert werden sollen? Es sind dies sogenannte "Circumstances" oder Umstände, die von der/dem Einzelnen nicht beeinflusst werden können und für die sie/er nicht verantwortlich gemacht werden soll. Je nach ihren "Circumstances" können Individuen in unterschiedliche Typen eingeteilt werden. Um weiter beim Beispiel der Bildung zu bleiben vorzugsweise nach der höchsten abgeschlossenen Schulbildung ihrer Eltern, nach ihrer Herkunft (z.B.: InländerIn, AusländerIn), nach der Anzahl der Geschwister, nach dem Einkommen der Eltern, alles Faktoren, die die



Kinder nicht beeinflussen können. Wenn mensch annimmt, dass diese "Circumstances" eine Auswirkung auf die Umwandlung von Inputressourcen in Bildungoutput (gemessen z.B. in Noten) haben, was kaum ernstlich bestritten werden kann, dann besagt eine Politik der Chancengleichheit, die in einer Gesellschaft für Bildung verwendeten Ressourcen sollen so aufgeteilt werden, dass die Individuen für die Wirkung der

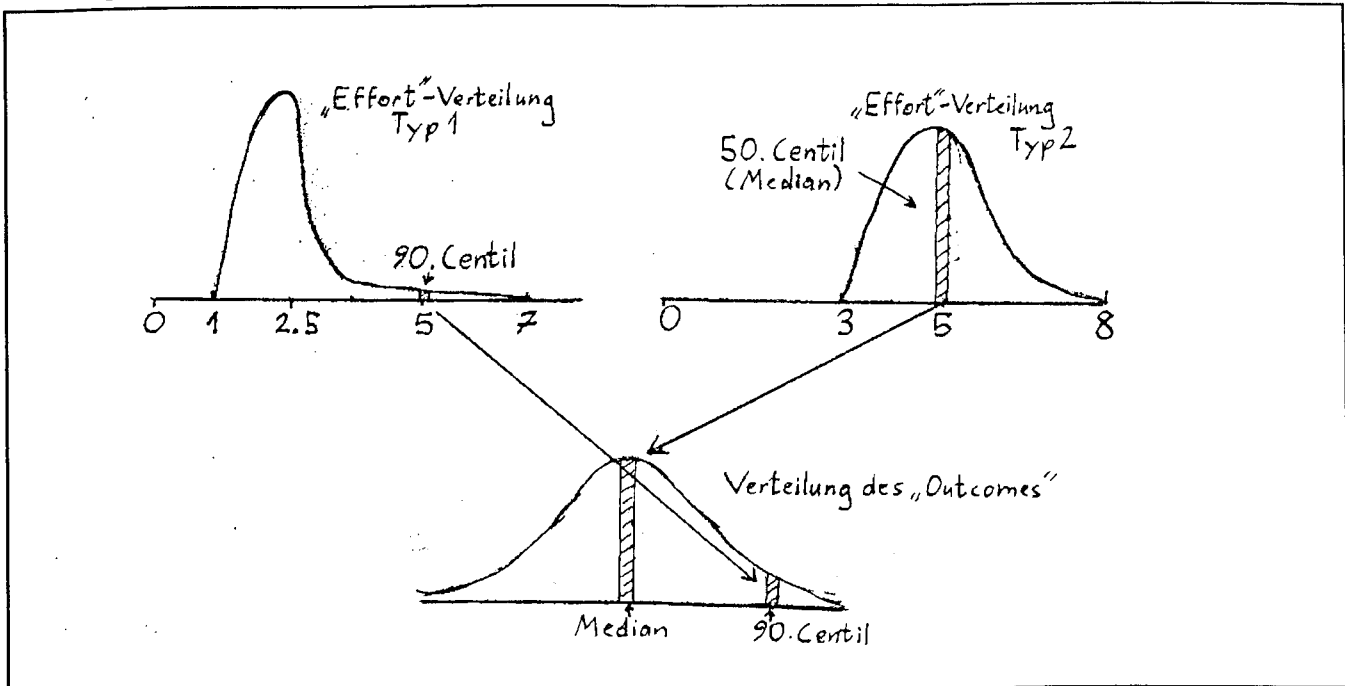
"Circumstances" auf ihren Bildungoutput kompensiert werden.

Um das ganze etwas formaler zu betrachten: Gegeben es ist bekannt, welche Faktoren ("Circumstances") wichtig sind, um ein bestimmtes Bildungsziel zu erreichen, werden Individuen mit gleichen "Circumstances" jeweils in bestimmten Typen zusammengefasst. Alle Individuen eines Typs haben daher dieselbe Fähigkeit, Bildungsressourcen in Output zu verwandeln. Was die Individuen innerhalb ihres Typs tatsächlich erreichen, hängt deshalb nur mehr von ihrem eigenen Willen (gemessen in Anstrengung-"effort") ab. Für jeden Typ gibt es eine (spezifische!) Verteilung der "effort"-Niveaus, wobei es in der Entscheidung jeder/s Einzelnen liegt, wo in der Verteilung sie/er sich plaziert. Aus einer Politik der Chancengleichheit folgt nun, dass jeder Typ "im Durchschnitt" das gleiche erreichen muss. Egal welchem Typ ein Individuum angehört, nach der Umverteilung muss die Verteilung der erreichten Ausbildungsniveaus innerhalb eines Typs für alle Typen möglichst gleich sein. Was bedeutet aber "im Durchschnitt" genau? Jedes Individuum von Typ i erhält eine bestimmte Pro-Kopf-Menge der Ressource R_i . Zu jeder Verteilung der Ressource über die Typen gibt es eine Verteilung von "effort"-Niveaus und erreichten Ausbildungen innerhalb jedes Typs (der sinnvollerweise

von den Individuen aufgewendete "effort" ist nämlich abhängig vom Ausmaß der Ressource, das jedem Typ zukommt). Die Ressource soll nun so aufgeteilt werden, dass für jedes Centil der Verteilungen das Erreichte für jeden Typ genau gleich ist. Ein Individuum vom Typ i , das z.B. im 60. Centil seiner "effort"-Verteilung $f(i)$ liegt, soll genau das erreichen, was ein Individuum vom Typ j erreicht, das im selben Centil seiner "effort"-Verteilung $f(j)$ liegt. Im allgemeinen existiert eine solche Aufteilung, die für jedes Centil die Chancen ausgleicht, jedoch nicht. Es gibt allerdings immer eine solche, bei der das Minimum, das jeder Typ in jedem Centil erreicht, maximiert wird. Eine solche Allokationsregel ist dann eine Politik der Chancengleichheit.

gekart. Wenden das Typ 1- und das Typ 2-Kind beide einen Effort von 5 auf, so hat das Typ 1-Kind, das damit im neunzigsten Centil seiner Verteilung liegt (sich also mehr angestrengt hat als 90 % seines Typs), mehr Anstrengung aufgewendet als das Typ 2-Kind, das sich genau durchschnittlich für seinen Typ angestrengt hat. Die Politik der Chancengleichheit sagt nun, das Mädchen aus Typ 1 soll soviel Bildungsressourcen bekommen, dass es genau das erreicht, was Kinder aus Typ 2, die sich mehr angestrengt haben als 90% seiner KollegInnen aus Typ 2, erreichen (vergleiche Graphik).

Da diese Regel "Effort" als einzige kausale Variable betrachtet, tendiert diese Regel dazu, benachteiligte Individuen zu wenig zu kompensieren, da alle Faktoren, die



Betrachten wir die Angelegenheit an dieser Stelle zur Veranschaulichung anhand eines Beispiels: Nehmen wir an, es gibt 2 Typen und eine Ressourcenmenge $R = R_1 + R_2$. Typ 1 ist ein afroamerikanisches Mädchen mit mehreren Geschwistern, dessen Mutter Alleinerzieherin ohne High School-Abschluss ist. Typ 2 ist ein weisser Bub der oberen Mittelschicht mit höchstens zwei Geschwistern, dessen Eltern beide einen College-Abschluss haben und verheiratet sind. Für Typ 1 liegt die Verteilung des "Effort"-Niveaus zwischen 1 und 7 mit einem Median von 2,5, für Typ 2 liegt der "Effort" zwischen 3 und 8 und der Median der Verteilung bei 5. Der unterschiedliche Wertebereich ergibt sich zum Beispiel aus Gruppendruck - würde das afroamerikanische Mädchen den ganzen Tag vor irgendwelchen Büchern sitzen, würde es von seinen FreundInnen nicht anerkannt, während die Eltern des Buben dauernd darauf hinweisen, wie wichtig das Lernen ist - oder aus unterschiedlichen Aufgaben, die die Kinder übernehmen müssen - während das Mädchen täglich mehrere Stunden auf seine kleinen Geschwister aufpassen muss, wird der Bub von seinen Eltern zu diversen Freizeitaktivitäten

in der Gestaltung der Typen nicht berücksichtigt werden, als "Effort" aufscheinen. Wäre zum Beispiel auch der Intelligenzquotient als "Circumstance" für Bildung genannt worden, würde die Politik der Chancengleichheit eine andere Ressourcenverteilung empfehlen.

Roemer verwendet diese Politik der Chancengleichheit nun, um verschiedene reale Probleme zu untersuchen. Zunächst betrachtet er die Aufteilung der Bildungsausgaben für männliche amerikanische Schüler, die seine Regel implizieren würde und vergleicht sie mit der gegenwärtigen. Dazu teilt er die Schüler in vier Typen: Weiße mit hoher Schulbildung (mehr als 12 Jahre), Afroamerikaner mit hoher Schulbildung, Weiße mit niedriger Schulbildung, Afroamerikaner mit niedriger Schulbildung. Nun untersucht er, welche Aufteilung der Bildungsressourcen notwendig wäre, um die Einkommensverteilungen der vier Typen anzugleichen, wozu er die Einkommenselastizität bezüglich Bildungsausgaben ökonometrisch schätzt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass für Afroamerikaner mit geringer Schulbildung acht mal mehr in Bildung investiert werden

müsste als für Weisse mit guter Ausbildung, um ihre Einkommenschancen auszugleichen. Alle bis auf die weissen Schüler mit hoher Ausbildung sollten dabei im Vergleich zur derzeitigen Situation mehr Bildungsressourcen bekommen. Alternativ dazu spezifiziert er eine Chancengleichheitspolitik, die lediglich auf das Einkommen, nicht aber auf die ethnische Herkunft Rücksicht nimmt. Wie Roemer zeigt, würde eine derartige Verteilungsregel Afroamerikaner mit geringem Ausbildungsgrad gegenüber dem Status quo kaum besser stellen. Der Anteil derjenigen, die sich im untersten Einkommensquintil befinden, würde nur von 38 auf 36% sinken. Mit der ersten Politik dagegen könnte ihr Anteil am untersten Einkommensfünftel auf 20% gesenkt werden, die besondere Rücksichtnahme auf Afroamerikaner ist daher notwendig um die Einkommensverteilungen wirksam zu beeinflussen.

Eine weitere von Roemer untersuchte Anwendungsmöglichkeit der Gerechtigkeitsregel ist eine Fiskalpolitik der Chancengleichheit. Dabei betrachtet er die männliche erwachsene Bevölkerung eines Landes, die er je nach dem Ausbildungsgrad der Eltern in drei Typen



einteilt (es wird also angenommen, dass die Chancen, Einkommen zu erwerben, hauptsächlich von der Bildung der Eltern abhängen). Das Ergebnis, bezüglich dessen die Chancen ausgeglichen werden sollen, stellt das Nettoeinkommen der Individuen dar. Mögliche Politiken werden auf aufkommensneutrale affine Steuertarife ("Flattax" = Fixbetrag + konstanter Grenzsteuersatz) beschränkt. Die Frage, die sich nun stellt, ist folgende: Welche aufkommensneutrale affine Steuer gleicht die Einkommensverteilungen der drei Typen an? Für Belgien beobachtet Roemer einen effektiven marginalen Steuersatz von 53%, die Politik der Chancengleichheit würde 53,5% empfehlen. Ganz anders das Bild für die USA, wo der marginale Steuersatz bei lediglich 24% liegt, während die Regel 64,7% verlangt, noch schlechter schneidet etwa Italien ab. In Deutschland findet Roemer einen Grenzsteuersatz von 36,4%, die Fiskalpolitikregel zum Ausgleich der Erwerbschancen würde aber einen solchen von 0% und einen Lump Sum-Beitrag von allen Individuen vorschlagen. Die gleichen Ergebnisse erhält Roemer für die skandinavischen Länder. Überall dort scheint die Chancengleichheit also verwirklicht. Oder doch nicht? Die obige Einteilung in nur drei Typen ist äußerst grob, viele Faktoren, die potentiell entscheidende Gründe für Benachteiligung sind, wie Intelligenz, Herkunft aus

einem anderen Land, ethnische Abstammung, werden ausser acht gelassen. Überdies sind nur affine Steuerregeln, die für alle Typen gleich sind, zugelassen. Könnten für unterschiedliche Typen verschiedene Steuerregeln gewählt werden, hätte kein Land Chancengleichheit erreicht.

In einem weiteren Schritt erweitert Roemer die Typen um die Höhe des Intelligenzquotienten. Für die USA steigt nun der verlangte Grenzsteuersatz von 64,7 auf 72%, in den Niederlanden, wo der Grenzsteuersatz vorher bei 47% lag und damit gemessen an der Chancengleichheit zu hoch war, steigt er auf 70%. Nur in Dänemark empfiehlt die Regel weiterhin einen Lump Sum-Transfer, die Einkommensverteilung ist also extrem gleich.

Soweit zu den empirischen Anwendungen. Ein weiterer Punkt sind mögliche Effizienzverluste durch gerechtere Chancenverteilungen. Sicherlich ist eine Politik, die Bildungsressourcen nur den Intelligentesten zukommen lässt, wohlfahrtsmaximierend in einem utilitaristischen Sinne. Dadurch kann die Gesellschaft insgesamt z.B. ihren Forschungoutput und damit wohl auch das langfristige Wirtschaftswachstum maximieren. Trotzdem würde diese Politik selbst dann, wenn mensch den erreichten größeren Output auf die intelligenzmäßig benachteiligten Individuen umverteilt, in krassem Maße der Roemerschen Idee zuwiderlaufen. Bezüglich des Abwiegens der Aspekte Effizienz und "Equality of Opportunity" gegeneinander kann uns die Politik der Chancengleichheit aber nicht weiterhelfen, dazu wäre eine umfassendere Theorie notwendig, wie etwa die von Rawls. Ebenfalls umstritten ist die Höhe der Effizienzverluste. Während die Rechten das Ausmaß dieser als äusserst gravierend betrachten, lehnen die Linken diese Sicht eher ab. Aber auch wenn sie sie akzeptieren, stellen sie Chancengleichheit lexikographisch vor Effizienz.

LITERATUR:

Der Artikel basiert im wesentlichen auf:

Roemer, John (1998): *Equality of Opportunity*, Harvard University Press, Cambridge (MA)

Die empirischen Studien finden sich in:

Roemer, John und Julian Betts (1998): *Equalizing opportunities through educational finance reform* (mimeo)

Roemer, John (2001): *To what extent do fiscal systems equalize opportunities for income among citizens?* (*Journal of Public Economics*, erscheint demnächst)

Auch sehr empfohlen sei der Klassiker schlechthin zur modernen Gerechtigkeitstheorie:

Rawls, John (1971): *A Theory of Justice*, Harvard University Press, Cambridge (MA), deutsch erschienen unter dem Titel "Eine Theorie der Gerechtigkeit" als Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.

Tobin Tax

Warum James Tobin mit "Anti-Globalisierungs-Revoluzzern" nicht das Geringste gemein haben will

"Der meiste Applaus kommt von der falschen Seite" meinte der Ökonom James Tobin in einem Interview mit dem "Spiegel" am 3. September dieses Jahres über die Wiedererdeckung seines Vorschlags einer Besteuerung internationaler Kapitalflüsse. Tobin formulierte die Idee, durch eine internationale Steuer auf Währungstauschgeschäfte Wechselkurspekulationen unattraktiver zu machen und dadurch die Wechselkurse weltweit zu stabilisieren bereits zu Beginn der Siebziger Jahre. Während die Diskussion um eine Einführung einer solchen Steuer auf internationaler Regierungsebene immer wieder zum Erlahmen gebracht wurde, ist die Tobin-Steuer mittlerweile zu einem wichtigen Symbol für



GlobalisierungskritikerInnen geworden. Die Bewegung ATTAC etwa sieht in der Tobin-Steuer eines der wichtigsten Mittel, ihr Ziel der demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte zu erreichen. Warum aber freut sich James Tobin nicht darüber, wenn globalisierungskritische NGOs und DemonstrantInnen lautstark die Verwirklichung seines Vorschlags fordern?

Tobins ursprüngliche Idee stammt aus einer Zeit, in der sich die rapide Globalisierung der Finanzmärkte bereits deutlich abzeichnete. Privates Finanzkapital hatte bereits damals einen Grad von Mobilität erreicht, den internationale Güter- und Arbeitsmärkte nie einholen werden. Damit verbesserten sich zwar die Möglichkeiten, Finanzkapital aus Industrieländern in produktive Investitionen in ärmeren Ländern zu verschieben, was für beide Seiten von Vorteil ist. Allerdings war und ist ein Großteil der internationalen Kapitalflüsse nicht mit realen Investitionen verbunden, sondern sucht lediglich Gewinn aus Zinsunterschieden und erwarteten Wechselkursveränderungen zu erzielen. Der Anteil solcher spekulativer Transaktionen steigt immer mehr an, Schätzungen heute belaufen sich auf etwa 95% der internationalen Finanzströme. Diese spekulativen Gelder werden extrem kurzfristig angelegt und können daher bei geringfügigsten Änderungen der erwarteten Gewinne aus den betreffenden Ländern abgezogen werden. Problem dabei ist, dass sich InvestorInnen in ihrer Erwartungsbildung und ihren Anlageentscheidungen nicht nur an ökonomische

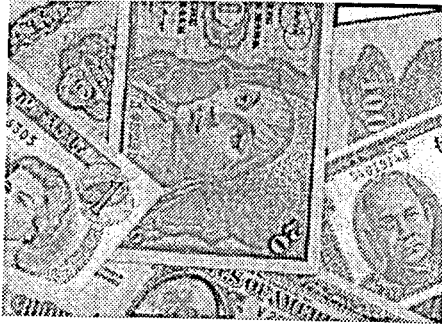
Fundamentaldaten, wie die realwirtschaftliche Entwicklung eines Landes und die zukünftige makroökonomische Politik, halten, sondern auch stark am Verhalten anderer Investoren orientieren, und es somit zu Panikreaktionen kommen kann, die wenig mit realen wirtschaftlichen Faktoren zu tun haben. Da aber internationale Kapitalflüsse in großem Umfang die

Wechselkurse beeinflussen, können panikartige Verschiebungen kurzfristig angelegten Finanzkapitals zu "abgehobenen" Wechselkursschwankungen führen, die verheerende Auswirkungen auf die reale Wirtschaft haben. Lässt mensch in einer solchen Situation dem Wechselkurs freien Lauf, leiden Exportgeschäfte, steigt das

Preisniveau aufgrund der Währungsabwertung und wird Unternehmen das Kapital für ihre Investitionen entzogen. Versucht die Notenbank des betroffenen Landes, den Wechselkurs zu stabilisieren, braucht sie entweder ihre Devisenreserven auf (und muss dann Devisenkredite im Ausland aufnehmen), oder hebt den Zinssatz um ein Vielfaches und dämpft dadurch die Wirtschaft. Die Währungskrisen Mexikos und Asiens in den Neunziger Jahren haben diese Probleme vor kurzem in dramatischer Weise aufgezeigt. Starke Wechselkursschwankungen, die hauptsächlich von spekulativen Finanzströmen verursacht werden, gefährden also die realwirtschaftliche Entwicklung eines Landes und nehmen der Notenbank ihre Autonomie in der Gestaltung nationaler makroökonomischer Politik.

James Tobins Vorschlag der internationalen Besteuerung von Wechselkurstransaktionen sollte ein Element in einer "neuen Architektur" der globalen Finanzmärkte bilden. In einem weltweiten System flexibler Wechselkurse sollte eine einheitliche Wertsteuer von 1% (mittlerweile ist der Vorschlag auf 0,1 bis 0,5% zurückgegangen) auf alle Wechselkurstransaktionen eingehoben werden. Häufige Währungstauschgeschäfte, auf denen Währungsspekulationen ja beruhen, würden damit teuer und unattraktiv, während langfristige Anlagen in Fremdwährungen relativ unberührt blieben. Internationale Finanzströme würden durch diese Steuer in reale Investitionen gelenkt und Wechselkursschwankungen verringert. Die wirtschaftli-

che Entwicklung würde sich mehr an realen ökonomischen Faktoren orientieren, der internationale Handel könnte sich auf Basis größerer Sicherheit ausweiten. Nationale Regierungen und Notenbanken bekämen durch die Stabilisierung der Wechselkurse teilweise Autonomie über die nationale makroökonomische Politik zurück, würden durch die Finanzmärkte aber immer noch zu "vernünftigen"



Maßnahmen angehalten. Tobin gestand natürlich ein, dass die Einführung der Steuer mit Effizienzverlusten im ökonomisch-theoretischen Sinn verbunden wäre. Diesen Verlusten stünden aber Ineffizienzen im derzeitigen System gegenüber, in dem Finanzspekulationen und entsprechende Politikreaktionen die reale Wirtschaft durcheinanderbringen. Seiner Einschätzung nach ließe sich auch kein anderes Interventionsmittel mit weniger Effizienzverlusten als die Tobin-Steuer finden. Die Einnahmen, die aus der Steuer erzielt würden, betrachtete Tobin als Nebenprodukt, das einer internationalen Institution wie dem IWF oder der Weltbank zugeführt und für wirtschaftliche Entwicklungsprojekte verwendet werden könnte.

Genau das Einnahmepotential der Tobin-Steuer ist aber zentraler Anknüpfungspunkt der GlobalisierungskritikerInnen an Tobins Idee. Auch sie wollen die globalisierte Wirtschaft und damit die internationalen Finanzmärkte neu gestalten, allerdings sind ihre Argumentationslinien von moralischen Überlegungen und Gerechtigkeitsforderungen geleitet, Themen, die Tobin im Rahmen seines Vorschlags nie zur Sprache gebracht hat. Grundtenor des Positionspapiers von ATTAC zur Tobin-Steuer ist die Forderung nach rechtem Ausgleich zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen der Globalisierung. Tobins Vorschlag stellt dafür ein willkommenes Mittel dar. Der durch die internationale Mobilität von Finanzkapital verursachte weltweite Steuerwettbewerb hat dazu geführt, dass nirgendwo Gewinne aus Kapitalanlagen auch nur annähernd gleich besteuert werden wie Arbeitseinkommen oder Unternehmensgewinne. Allein eine internationale Steuer könnte dieses Problem umgehen und eine gerechtere Verteilung der Steuerbelastung herbeiführen. Darüberhinaus würden mit den Besitzern von Finanzkapital genau jene Wirtschaftsakteure besteuert, die am meisten von der Globalisierung profitieren. Die erzielten Einnahmen könnten dann den Globalisierungsverlierern zugute kommen. Die Stabilisierung der Wechselkurse wäre ein angenehmer

Effekt der Tobin-Steuer, weil große Währungskrisen und die damit verbundenen sozialen Auswirkungen verhindert würden, und mit autonomer nationaler Wirtschaftspolitik soziale Ziele wie Vollbeschäftigung glaubwürdiger verfolgt werden könnten. Das derzeitige, völlig demokratiefeindliche, "Diktat der Finanzmärkte" über die internationale Wirtschaftspolitik könnte so durchbrochen werden. Aber selbst wenn die Tobin-Steuer, wie von vielen ihrer Kritiker vorgebracht wird, gar nicht viel zur Stabilisierung der Wechselkurse beitragen könnte, weil sie die Transaktionskosten nicht genügend anheben würde, um Spekulanten abzuschrecken, so würde man durch die Einführung der Tobin-Steuer den Gerechtigkeitsforderungen der GlobalisierungskritikerInnen schon um einiges näher kommen. Ausserdem wäre damit der Einstieg in die bewusste Internationalisierung der Steuerpolitik (im Gegensatz zur unbewussten durch Steuerwettbewerb), ein erklärtes Ziel von ATTAC, geschafft. Die nächsten Schritte wären dann die internationale Besteuerung von Naturressourcen und Konzerngewinnen.

Mit dem Ruf nach Gerechtigkeit und den Weltverbesserungsvorschlägen der GlobalisierungskritikerInnen möchte James Tobin aber nichts zu tun haben. (Er weigerte sich unter anderem, auf einer ATTAC-Veranstaltung in Paris zu sprechen, um nicht mit den Zielen der Organisation in Verbindung gebracht zu werden.) Seine Argumentation ist eine rein ökonomische, sein Glaube an den freien Welthandel



groß. Daher sein Vorschlag, die nebenbei anfallenden Steuereinnahmen dem IWF, der Weltbank oder der WTO zur Verfügung zu stellen und Entwicklungsländern durch Strukturanpassungsprogramme und ähnlichen Mitteln ganz im Sinne neoklassischer Ökonomie zu helfen. GlobalisierungskritikerInnen könnten aber niemals zustimmen, dass diese

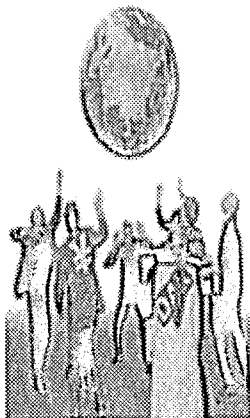
Institutionen, die Symbole schlechthin der weltweiten Verbreitung neoklassischer Wirtschaftspolitik, die Hauptrolle in der Durchführung der Tobin-Steuer übernehmen. Damit würde in ihren Augen die Ungerechtigkeit des Weltwirtschaftssystems nicht ab-, sondern zunehmen.

Aus den unterschiedlichen Motivationen hinter der Einführung der Tobin-Steuer ergeben sich auch verschiedene Sichtweisen über deren Durchführbarkeit und über die Relevanz der oft gegen die Steuer vorgebrachten Argumente. Hauptkritikpunkte an der Tobin-Steuer sind etwa die Schwierigkeiten, den Steuersatz, die Steuerbemessungsgrundlage und die besteuerten Transaktionen so zu festzulegen, dass realwirtschaftlich

"notwendige" Finanztransaktionen nicht zu stark getroffen werden, spekulative Finanzströme aber eingedämmt werden und der Steuer nicht durch Ausweichen auf andere Transaktionsinstrumente entgehen können. Argumentiert mensch von einem ökonomischen Effizienz-Standpunkt aus, müssen diese Fragen vor Einführung der Steuer natürlich geklärt sein, um sicher zu sein, dass die Steuer die Effizienz des Weltwirtschaftssystems tatsächlich erhöht. Ist mensch aber von Gerechtigkeitsüberlegungen geleitet, können einen anfängliche Probleme mit Umgehungsmöglichkeiten und unsicheren Auswirkungen nicht abschrecken, die Tobin-Steuer einzuführen. Die Steuer verfolgt ja vor allem ein politisches und nicht ökonomisches Ziel, ihre tatsächlichen Auswirkungen können so wie bei jeder anderen Steuer erst im Laufe der Zeit festgestellt und eventuelle "Schlupflöcher" mit Hilfe der Erfahrung sukzessive gestopft werden. Funktioniert die Steuer halbwegs, werden Steuerbelastungen gerechter verteilt und können Einnahmen zur Umverteilung zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen der Globalisierung erzielt werden. Tatsache ist, dass kaum ein internationaler Konsens erreicht werden kann, die Tobin-Steuer weltweit gleichzeitig einzuführen. Wollen einzelne Staatengruppen die Steuer trotzdem einführen, müssen sie damit rechnen, dass sie zwar von spekulativen Finanztransaktionen, ebenso aber von internationalen Investitionsströmen gemieden werden. Nach dem ökonomischen Standpunkt sollten einzelne Staaten oder Staatengemeinschaften die Steuer nur dann trotzdem einführen, wenn sie mehr Nutzen als Kosten daraus beziehen (wie auch immer dieser Kosten-Nutzen-Vergleich berechnet werden kann). In den Augen der GlobalisierungskritikerInnen haben aber besonders reiche Industrieländer die politisch-moralische Pflicht, die Tobin-Steuer trotz eventueller Effizienzverluste einzuführen und damit einen Ausgangspunkt für deren weltweite Verbreitung zu schaffen.

Sieht man sich die internationale politische Entwicklung an, scheint es kaum realistisch, dass wirtschaftlich bedeutende Staaten jemals aus politischer Überzeugung die Tobin-Steuer einführen werden, dazu ist der Druck globalisierungskritischer Bewegungen zu gering. Ausserdem ist die Frage, wie die Einnahmen aus der Steuer aufgeteilt und für welche Zwecke sie verwendet werden sollen, ausschlaggebend für die Bereitschaft politischer EntscheidungsträgerInnen einzelner Staaten, die Einführung zu unterstützen oder auch nur bei ihr mitzuziehen. Es ist extrem unwahr-

scheinlich, dass darüber ein internationaler Kompromiss erreicht werden kann. Vorstellbar ist vielleicht noch, dass heftige Wechselkurskrisen in der Zukunft zu einer verzweifelten Einführung der Tobin-Steuer führen. Diese Einführung würde aber vermutlich auf ökonomischen Effizienz-Überlegungen beruhen. Die Steuereinnahmen würden wahrscheinlich dem IWF, der Weltbank, der WTO oder bestenfalls noch der UNO oder den nationalen Regierungen überlassen. Ob darin die Ziele der GlobalisierungskritikerInnen einen Platz bekommen, sei dahin gestellt...



ZUM NACH- UND WEITERLESEN:

Interview mit James Tobin: DER SPIEGEL 36/2001 (03.09.'01): "Die missbrauchen meinen Namen". zu finden unter <http://www.spiegel.de/druckversion/0,1588,154561,00.html>

Standpunkte von ATTAC Österreich:
[http:// www.attac-austria.org/infos/tobin-tax.php](http://www.attac-austria.org/infos/tobin-tax.php)

Tobins Sicht: Tobin, James (1978): A proposal for international monetary reform. Presidential Adress to the Eastern Economic Association, published in Eastern Economic Journal, 4
Tobin, James (2000): Financial Globalization. in: World Development, Vol.28, No.6, pp 1101-1104

Eine interessante Darstellung der Geschichte der Diskussion der Tobin-Steuer:

Raffer, Kunibert (1998): The Tobin Tax: Reviving a Discussion. in: World Development, Vol.26, No.3, pp 529-538; (auch zu finden auf der Homepage von Prof. Raffer)

Ich weiß etwas, was du nicht weißt...

Der Nobel Memorial Prize in Economics für Arbeiten zum Thema Märkte mit asymmetrischer Information.

OkonomInnen werden von SpötterInnen zuweilen als ForscherInnen betrachtet, die sehen was in der Realität funktioniert und sich fragen, ob es auch in der Theorie möglich ist. Um so erfreulicher ist es, dass der Nobel Memorial Prize in Economics dieses Jahr an Forscher ging, die den Rahmen der Vulgär-Neoklassik verlassen haben und sich den Problemen der irdischen Welt zuwandten.

Wenn mensch die Annahme von vollständiger Information (alle Individuen sind allwissend und können auch in die Zukunft sehen) aufgibt, eröffnet sich eine neue Welt. Diese Welt wurde von den drei Laureaten George Akerlof, Michael Spence und Joseph Stiglitz untersucht.

1970 veröffentlichte George Akerlof einen Artikel mit dem schillernden Titel "The market for lemons: quality uncertainty and the market mechanism"(1). Anhand des Gebrauchtwagenmarktes demonstrierte er, wie Märkte unter asymmetrischer Information ineffizient funktionieren oder sogar gar nicht zustande kommen. Bei Neuwagen wissen weder KäuferInnen noch VerkäuferInnen ob es sich um einen guten oder schlechten Wagen (in den US "lemon" genannt) handelt. Sie kennen lediglich die Verteilung und damit die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Wagen ein "lemon" ist. Nach einiger Zeit sind sich die BesitzerInnen eines Wagens jedoch ziemlich sicher, welche Qualität ihr Wagen hat. Da GebrauchtwagenkäuferInnen dieses Wissen nicht haben, verkaufen sich alle Gebrauchtwagen trotz unterschiedlicher Qualität zum selben Preis. Der Preis muss jetzt natürlich sinken damit nicht jede/r "lemon"-BesitzerIn einfach ihr/sein Auto verkaufen und einen (wahrscheinlich besseren) Neuwagen erwerben kann. Da die BesitzerInnen von guten Wagen nun nicht mehr den Wert ihres Autos bekommen können, werden die meisten verkauften Gebrauchtwagen von minderer Qualität sein. Viele für beide Seiten profitable Geschäfte kommen nicht mehr zustande. Bei mehreren Qualitätsstufen können noch perversere Effekte entstehen. Es kann sogar sein, dass überhaupt kein Markt mehr möglich ist,



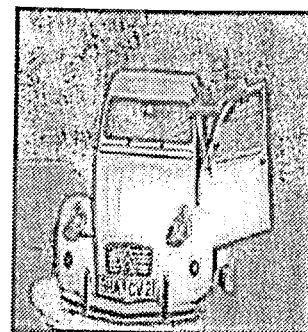
ein großes Problem in Entwicklungsländern, wo die Qualität von Produkten stark variiert und Institution wie Markennahmen, Zertifizierungen etc. fehlen. Viele Märkte funktionieren nach diesem Schema (adverse Selektion): Versicherungen, Arbeitsmärkte für Jobs mit schwer zu ermittelnder Qualifikation, Kreditmärkte usw. Akerlof arbeitete auch an ökonomischen Modellen, die Erkenntnisse aus Psychologie, Anthropologie und Soziologie einbeziehen.

Die Arbeiten von Spence und Stiglitz untersuchen nun, wie das Defizit asymmetrischer Information behoben werden kann. Michael Spence zeigte, wie BewerberInnen durch eine schwierige Ausbildung ihre

Qualifikation glaubwürdig demonstrieren können, auch wenn die Ausbildung ihre Produktivität nicht erhöht (2). Wenn ArbeitgeberInnen sich eine zusätzliche Ausbildung erwarten, die für weniger qualifizierte BewerberInnen aufwendiger zu bekommen ist(!), findet



sich ein Gleichgewicht, in dem nur hochqualifizierte BewerberInnen die zusätzliche Ausbildung machen. Das zugrundeliegende Prinzip lässt sich leicht verallgemeinern: Wenn ein Individuum in einer Situation, in der Schwindel gewinnbringend ist, ein glaubwürdiges Signal geben will, müssen die Kosten für ein falsches Signal deutlich höher sein. Ein Beispiel wäre die Verwendung von Garantien in



unserem Gebrauchtwagenmarkt. Für die VerkäuferInnen schlechter Wagen ist eine Garantie zu kostspielig.

Eine Produktmarke erhöht die Kosten schlechter Erzeugung etc. Auch in komplett anderen Bereichen findet sich dieses Prinzip, das Signaling. Die israelischen

Verhaltensforscher Amotz und Avishag Zahavi benutzten es (unabhängig von Spence) unter dem Namen "Handicap-Prinzip", um erst das Verhalten

von Graudroßlingen und dann auch anderen Tieren zu erklären, was sich als sehr fruchtbar erwies (3). Ein Graudroßling mit langen Schwanzfedern ist z.B. für andere Tiere leichter zu erkennen und begibt sich damit in Gefahr, ein glaubwürdiges Zeichen für kämpferische Fähigkeiten, das viele potentielle Angreifer abschreckt. Sie erklärten damit die meisten Droh- und Werbesignale bei einer Vielzahl von Tieren glaubwürdig. Anders als in der Ökonomie streiten sich BiologInnen jedoch noch immer über die Gültigkeit dieser Theorie.

Joseph Stiglitz ist wohl der bekannteste der diesjährigen Laureaten. Als ökonomischer Berater von Clinton und als streitbarer Chefökonom der Weltbank wurde er einer breiten Öffentlichkeit bekannt (4). Stiglitz forschte in vielen Bereichen ökonomischer Theorie, von Makroökonomie bis zu firmeninterner Organisation. In einem zusammen mit Michael Rothschild verfassten Artikel erklärte er, wie Versicherungen zuverlässige Informationen über ihre Kunden erwerben, indem sie verschiedene Verträge mit unterschiedlichen Prämien und Leistungen anbieten. So kann eine Unfallversicherung z.B. einen Vertrag mit unvollständiger Kostendeckung und niedriger Prämie und einen teureren mit voller Deckung anbieten, um risikoreiche und risikoarme Individuen zu trennen. Stiglitz und Rothschild bewiesen, dass im Gleichgewicht immer eine Separierung stattfindet. Stiglitz lieferte auch eine Theorie unfreiwilliger Arbeitslosigkeit auf Basis der Informationsökonomie. Bei Jobs mit hohen Kontrollkosten hat ein/e ArbeiterIn bei Markträumungslöhnen keinen Anreiz sich anzustrengen. Wird sie gefeuert findet sie schnell wieder eine neue Arbeit zum selben Lohn. Daher bieten Firmen Löhne über dem Gleichgewichtslohn an, sodass sich Faulenzen nicht mehr lohnt. Die Opportunitätskosten des Gefeuertwerdens sind zu



hoch. Wenn alle Firmen das machen, sorgen zu hohe Löhne für unfreiwillige Arbeitslosigkeit, eine Markträumung findet nicht statt. Der Gleichgewichtslohn ist zu hoch. Überhaupt ist es ein Kennzeichen von Märkten mit asymmetrischer Information, dass oft keine Markträumung stattfindet und andere Rationierungen als das Preissystem verwendet werden. So rationieren Banken zum Beispiel Kredite, da sich die Zinshöhe auf die Wahrscheinlichkeit einer Rückzahlung auswirkt. Bei Markträumungspreisen würden zu viel Individuen mit niedriger Bonität angelockt (5). Da die Bezahlung für das Gut Kredit erst in der Zukunft erfolgt, ist die Bezahlung nicht gesichert, was Rationierungen ausserhalb des Preissystems erforderlich macht.

Interessanterweise entwickelten sowohl Akerlof als auch Stiglitz ihre Theorien während der Arbeit in Entwicklungsländern, Akerlof in Indien und Stiglitz in Kenia. Um es mit den Worten von Stiglitz auszudrücken: "[...]the period that I spent in Kenya really provided a lot of inspiration for the work that I did over the subsequent years. You cannot live, spend time in a country like that without thinking a great deal about unemployment, about how markets don't work. And it turned out that many of the ideas that I developed in Kenya, when modified, applied as well to developed countries." (6)

(1) The market for lemons: quality uncertainty and the market mechanism in George Akerlof, An economic theorist's book of tales, Cambridge 1984

(2) Advanced information on the 2001 Bank of Sweden Prize in Economic Sciences in Memory of Alfred Nobel, the Royal Swedish Academy of Sciences.

<http://www.nobel.se/economics/laureates/2001/ecoadv.pdf>

(3) Zahavi, Amotz und Avishag (1998): Signale der Verständigung, Frankfurt am Main und Leipzig

(4) Siehe insbesondere: Stiglitz, Joseph (2000): "The Insider, What I learned at the world economic crisis", erschienen in "The New Republic" vom 17.04.00.

<http://www.thenewrepublic.com/041700/stiglitz041700.html>

(5) Stiglitz, Joseph (1994): Wither Socialism, MIT

(6) Aussage in Pressekonferenz, die Joseph Stiglitz am 11. Oktober 2001 gab.

<http://www.worldbank.org/html/extdr/transcripts/ts101101.htm>

Eines Tages in Dharamsala...

Es war eine weitere schwüle Sommernacht irgendwo im nordwestlichen Eck des indischen Subkontinents. Die Gassen Dharamsalas sind voll gedrängt von einer bunten Menschenmenge. Allerdings setzt sich diese Menschenmenge nicht aus den stereotypischen Charakteren zusammen, die wir westlichen Menschen in einem kleinen indischen Dorf am Fusse des Himalaya erwarten würden. Nein. Die bunte Menge an Kleinramschverkäufern, Bettlern, Waisenkindern, Rikschafahrern, Obstverkäufern und allen anderen sogenannten "locals" ist hier offensichtlich schon vor einiger Zeit einer anderen Menschenmenge gewichen - den Touristen. Zur Freude des Reisenden trägt jedoch bei, dass auch diese Touristenmenge (zumindestens in Dharamsala) nicht jener Buntheit und ethnischen Vielfalt entbehrt, wie sie einst die indische Bevölkerung verkörpert haben mag. Ein nicht unbeachtlicher Teil der anwesenden Nicht-AsiatInnen findet offensichtlich Spass daran, in dunkelrote Nonnen/Mönchstücher eingewickelt, mit kurzgeschorenen Haaren, Sandalen und einem sehr ernsten Gesichtsausdruck von einem Tempel zum nächsten zu schreiten. Im Kontrast dazu fallen besonders jene TouristInnen auf, die sich nicht dem Buddhismus sondern dem Hinduismus verschrieben haben und daher in grell-orangenem XXL Windeln den Strassenrand säumen und sich gelegentlich in wohlriechende Rauchschwaden einhüllen (auch auf der Wiener Mariahilferstrasse von Zeit zu Zeit anzutreffen). Abgesehen davon scheint es unter gutsituierten, mitteleuropäischen Damen fortgeschrittenen Alters zur Zeit en vogue zu sein, Liebesbeziehungen mit langhaarigen tibetischen Nomaden, die gerade erst aus dem Changtang Hochland in das (für TouristInnen leichter erreichbare) Nordindien geflohen sind, einzugehen. Das breite Spektrum an Touristen wird natürlich noch weiter angereichert durch den typischen (nicht minder bunt gekleideten) Indienreisenden (zu dem auch ich mich zählen würde), der nur den einen oder anderen "Fortbildungskurs" (z.B. in vegetarischem Kochen, Meditation, Yoga, Sitar und Tablaspielen oder in buddhistischer oder hinduistischer Philosophie und Religion) belegt hat.

Was macht nun die interessierte Studierende der Sozialwissenschaften an so einem Ort? Mikroökonomische Feldforschung? Zeitlich befristete Kleinstkredite vergeben? Den Grad der gewerkschaftlichen Organisation der Kleinramschverkäufer mal genauer unter die Lupe nehmen? Die Stellung der Frau im patriarchalen Ashram untersuchen? Die Effekte von Kinderarbeit auf das Wirtschaftswachstum evaluieren?

Trotz all dieser tatsächlich interessanten Fragen neigt das reisende Individuum (nach meinen praktischen Erfahrungen vor Ort) dennoch dazu, seine Forschungsarbeit auf die empirische Verifikation der Möglichkeit eines steigenden Grenznutzen beim Konsum von gewissen bewusstseinsweiternden Substanzen zu beschränken.

Nur zu effizient also, dass ich in dieser schwülen Sommernacht zufällig über die neueste Ausgabe des "Tibetan Review" stolperte. Dieses kleine "Journal" wird von Teilen der tibetischen Exilgemeinschaft in Nordindien herausgegeben und beschäftigt sich, auf einem etwas sachlicheren Niveau als die meisten anderen derartigen Publikationen, mit unterschiedlichen Aspekten der Situation Tibets. Besonders interessant erschien mir damals die Artikelserie über "Marxismus und Tibet" von Paljor Tsarong (einem Exiltibetischen PhD in Sozialanthropologie).

Marxismus(1) und Tibet?!

Der Autor (der sich offensichtlich selbst recht ausführlich mit Marxismus beschäftigt hat) versucht in diesen Artikeln auf wissenschaftlicher Ebene und von einem marxistischen Standpunkt aus die chinesische (Miss-)Interpretation von Marx' Theorien zu kritisieren. Er spannt diese recht originelle Idee über fünf ausführliche Artikel auf, deren wesentlichste Überlegungen ich im folgenden zu skizzieren versuche.

Insbesondere im entwicklungsökonomischen Kontext wird bald klar, dass Marx' Interpretation der Geschichte als linearer Prozess sicherlich eine wesentliche Schwachstelle der traditionellen marxistischen Theorie ist. Er sieht die Entwicklung einer beliebigen Gesellschaft als Abfolge von (ca.) 5 Phasen. Jede dieser sogenannten Produktionsweisen (*üblicherweise: primitive Gesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus und schliesslich Kommunismus*) hat ihre spezifischen *Produktionsverhältnisse*(2) und ist gekennzeichnet durch die Existenz zweier Klassen (Ausbeuter/Ausgebeutete), die miteinander im Klassenkampf stehen (d.h. die beiden Klassen haben zuwiderlaufende Interessen). Weiters geht er davon aus, dass jede dieser Produktionsweisen die Bedingungen für ihren eigenen Untergang selbst hervorbringt. Das bedeutet, dass sich jede der Produktionsweisen mit der Zeit sozusagen selbst überholt und die Gesellschaft notgedrungen die nächste Stufe der "Entwicklungsleiter" erklimmt. Am Ende der Leiter (und der Geschichte?)

wartet auf jede Gesellschaft der Kommunismus. Soweit meine äusserst rudimentäre Darstellung einiger der populärsten marxistischen Grundthesen.

Nun ist es aber schon Marx' selbst aufgefallen, dass dieses Entwicklungsschema bestenfalls für die Industrienationen Westeuropas zutrifft, keinesfalls allerdings auf alle Gesellschaften dieser Welt in gleicher Art anzuwenden ist. Um also den spezifischen Problemen der damaligen Kolonien (also den heutigen Entwicklungsländern) auch Rechnung tragen zu können, hat Marx versucht, sein Konzept der Produktionsweisen zu erweitern bzw. in einer Art zu verändern, die die Logik und die Implikationen der bisherigen These stark relativiert. So hat er gegen Ende seines Schaffens begonnen, die sogenannte *Asiatische Produktionsweise*(3) einzuführen. Die besondere Eigenheit dieser "neuen" Produktionsweise ist, dass sie nicht, wie bisher bei allen anderen Produktionsweisen üblich, ab einem gewissen Zeitpunkt zu Stagnation, Krisen und schliesslich Revolution führt, sondern dass sie eben stabil ist.

An diesem Punkt setzt auch die Kritik von P. Tsarong ein. Er geht eben nicht darauf ein wie der chinesische Marxismus in China, Tibet und anderen Teilen Asiens in der Praxis nun aussieht. Statt dessen konzentriert er seine Kritik auf die, der praktischen Politik vorgelagerte, Ebene der Theorie oder der Ideologie. Er vertritt die Auffassung, dass Marx in seinen späteren Werken(4) von seiner unilinearen Evolutionstheorie abgeht und eben durch die Einführung anderer, möglicherweise stagnanter(?), Produktionsweisen die strikte Abfolge der oben genannten ursprünglichen Entwicklungsstadien stark relativiert. Aber nicht nur das. Ein Abgehen von dieser These zieht einen Bruch mit der ursprünglichen Theorie nach sich und stellt insbesondere eine Veränderung der politischen Implikationen der gesamten Theorie dar. So ist die Existenz stagnanter Produktionsweisen sowie das Zulassen einer nichtlinearen Abfolge derselben eine klare Infragestellung der These der "historischen Notwendigkeit des Sozialismus". Wenn aber das Erreichen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht mehr für jedes Land eine Notwendigkeit darstellt, dann kann das ein Legitimationsproblem für alle avantgardistischen, revolutionären Bewegungen werden, die sich auf Marx berufen. Obwohl diese Überlegungen von Marx selbst angestrengt worden sind, könnten sie eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Schlagfertigkeit und die Attraktivität marxistischer Parteien und politischer Vereinigungen sein. So beschreibt P. Tsarong wei-

ter, dass vorallem im orthodoxen Marxismus sowjetischer Prägung diese Teile der marx'schen Theorie verurteilt worden sind und seit den 30er Jahren nicht Teil der offiziellen theoretischen Grundlage des sowjetischen Staates sein durften.

Aus dieser willkürlichen und politisch motivierten Einschränkung der offiziellen marxistischen Theorie in der Sowjetunion, die später auch auf das kommunistische China übertragen wurde, erklärt P. Tsarong auch die maoistische Fehlinterpretation Tibets als feudale Gesellschaft. Aus dem ursprünglichen, 5-stufigen Entwicklungsmodell geht nach Ansicht der KPC hervor, dass Tibet zum damaligen Zeitpunkt eindeutig als Feudalstaat klassifiziert werden konnte. Dies würde wiederum bedeuten, dass im feudalen Tibet die Voraussetzungen für Revolution und darauffolgende Transformation zu einer kapitalistischen (und später



kommunistischen) Gesellschaftsform gegeben waren und es eben nur eine Frage der Zeit gewesen wäre, bis Tibet sich von selbst dem kommunistischen China angeschlossen hätte. Anders gesagt, beruht die (chinesische) Idee der "friedlichen Befreiung" des unter dem

Joch des Feudalismus lebenden tibetischen Bevölkerung auf der Vorstellung, dass dies nur eine Vorwegnahme einer ohnehin notwendigen Entwicklung der tibetischen Gesellschaft sei.

Nachdem aber gerade Tibet ein passendes Beispiel für eine sogenannte "stagnante" (also nicht zu revolutionären Umbrüchen neigende) Gesellschaft wäre, wirkt sich die "revolutionäre Politik", die die KPC in Tibet betreibt, noch um ein Vielfaches brutaler auf die dort Lebenden aus.

Epilog

Um nun aber nicht in die Verlegenheit zu kommen, zunächst eine detaillierte Beschreibung der Asiatischen Produktionsweise am Beispiel Tibets darbringen zu müssen und danach einen Vergleich zwischen Feudalismus in Europa und der tibetischen Gesellschaft im Zuge der letzten fünf Jahrhunderte zu liefern, versuche ich stattdessen eine Brücke zu aktuelleren Themen zu schlagen. So scheint mir z.B. der Artikel "The Social Basis of Economic Development"(5), der beim letzten RBK-Lesekreis ausführlich diskutiert wurde, in eine ähnliche Richtung zu gehen.

Robert Brenner wählt zwar in diesem Artikel einen denkbar anderen Zugang als das seinerzeit Marx

getan hat, er untersucht aber dieselbe Problemstellung. Er versucht die Bedingungen und die Voraussetzungen, die zum Übergang einer pre-kapitalistischen Gesellschaft(6) zu einer kapitalistischen führen bzw. führen können, zu beschreiben. Seine Analyse beginnt - im Unterschied zu den meisten anderen marxistischen AutorInnen - bei den einzelnen rational handelnden Individuen in einer beliebigen pre-kapitalistischen Gesellschaft. Im Zuge seiner Untersuchung gelangt er zu dem Schluss, dass es (zu keinem Zeitpunkt) weder im Interesse der einzelnen Individuen noch im Interesse der (potentiell organisierten) Klassen(7) dieser Gesellschaft liegt, einen Übergang zu einer kapitalistischen Gesellschaft herbeizuführen. Die producers (also die Ausgebeuteten) haben keinen Anreiz dazu, weil sie EigentümerInnen ihrer Produktionsmittel sind und nur für ihre eigene Subsistenz arbeiten. Das impliziert, dass es aufgrund ihrer Risikoaversion für sie ein Nachteil wäre, sich in eine Situation zu bringen, in der sie von einem Markt und dessen Funktionieren abhängig sind. Die landlords (die AusbeuterInnen) wiederum haben keinen Anreiz, einen Systemwechsel anzustreben, weil sie im Falle einer Trennung der producers von ihren Produktionsmitteln nicht die Möglichkeit hätten, andere Arbeitskräfte zu finden bzw. diese zur Lohnarbeit zu zwingen.

Das bedeutet, für R. Brenner ist genaugenommen Jede pre-kapitalistische Gesellschaft im Prinzip

stabil. Im Endeffekt kommt er zu der Erkenntnis, dass die Transformation zum Kapitalismus nur eine unintended consequence aus dem entsprechenden historischen Kontext sein kann. Daraus folgt wiederum, dass jede solche Gesellschaft zwar das Potential zur Transformation besitzen kann, das aber noch lange nicht heisst, dass die Veränderung tatsächlich stattfindet. Die Tatsache, dass sie allerdings in bestimmten Regionen zu bestimmten Zeitpunkten stattgefunden hat, ist auf das mehr oder weniger zufällige Zusammentreffen verschiedener Faktoren (wie z.B. das Entstehen des Handels, Bevölkerungszuwachs, Produktivitätssteigerungen oder Kriege) zurückzuführen.

(1) Marxistisches Standardvokabular ist kursiv gedruckt - bei Unklarheiten bitte in "Das Kapital" Bd.1 von Karl Marx nachschlagen

(2) roughly translated as Eigentumsverhältnisse

(3) siehe auch Anne M. Bailey und Josep R. Llobera: "The Asiatic Mode of Production: Science and Politics" Routledge & Kegan Paul, 1981

(4) insbesondere in "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" 1857-1858

(5) Analytikal Marxism, John Roemer, Cambridge University Press 1986, S 23-53; zu finden in der WiWi-Bibliothek im RBK-Ordner

(6) Brenner kennt keine Produktionsweisen im marxischen Sinne - er unterscheidet lediglich zwischen kapitalistisch und pre-kapitalistisch

(7) AusbeuterInnen/Ausgebeutete

Podiumsdiskussion

"Es gab noch nie Krieg zwischen zwei Ländern, wo

McDonald's tätig war"

... so einer der wahrhaft aussagekräftigsten Sätze der Podiumsdiskussion "Schwarze Schafe oder Fehler im System" im Palais Eschenbach. Es diskutierten Hannes Spitalsky, Geschäftsführer des VKI (Verein für Konsumenteninformation), Beatrice Akalele, NGO, Reinhold Mitterlehner, Präsident der Wirtschaftskammer, Harald Stücker, Vertreter von McDonald's, Eva Glawischnig, Umweltsprecherin der Grünen und Klaus Werner, der Autor des Buches "Schwarzbuch Markenfirmen".

In diesem Buch prangert er gemeinsam mit seinem Koautor Hans Weiss das wirtschaftliche Vorgehen der Industriestaaten in den Entwicklungsländern an. Z.B. brachten sie an die Öffentlichkeit, dass McDonald's eine Firma, die 100 Kinder im Alter zwischen 12 und 13 Jahren beschäftigte, mit der Herstellung der Spielzeuge

für das Happy Meal beauftragte. Nachdem dies in die Öffentlichkeit gelangte, stoppte McDonald's alle Aufträge für diesen Zulieferbetrieb und beauftragte einen anderen. Die Kinder, die bis dahin ausgebeutet wurden, standen nun auf der Strasse.

Die Autoren fordern die Unternehmen auf, ihre wirtschaftliche Macht zu nutzen und in den betroffenen Staaten gewisse globale, soziale Mindeststandards einzuführen, die bei fairen Löhnen anfangen, die zur Erhaltung eines menschlichen Lebensstandards reichen müssen. Die Regierungen dieser Entwicklungsländer sind selbst dazu nicht in der Lage, da sie wiederum von der Gunst dieser Firmen abhängig sind. (Hebt ein Land die Sozialstandards, werden die Produktionsstätten in ein benachbartes Land verlagert.)

Solche Standards werden jedoch auch von der westli-

chen Welt nicht genügend forciert. Reinhold Mitterlehner zum Beispiel hält das Implantieren von Menschenrechten ("Werturteile") in der Dritten Welt für "Kulturimperialismus". Seiner Meinung nach ist es falsch, dass Entscheidungen immer über die Köpfe der Betroffenen hinweg gefällt werden. Wollen diese Frauen und Kinder also unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten?

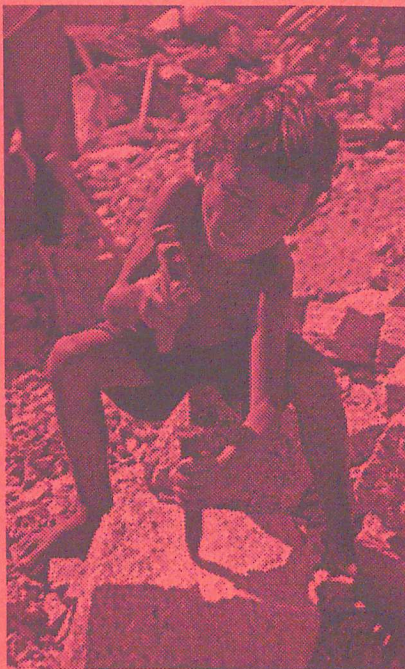
Beatrice Akalele, die sich als einzige genau an die vierminütige Sprechzeit halten musste, erzählte von Textilfabriken, in denen die Arbeiterinnen nicht mehr als eine Flasche Wasser pro Tag trinken dürfen, damit sie nicht zu oft zur Toilette gehen. Wenn sie es doch tun oder sich miteinander unterhalten, werden sie geschlagen.

Diese Missstände hängen unweigerlich mit der fortschreitenden Globalisierung zusammen. Dennoch sind die Autoren keine deklarierten Gegner der Globalisierung. Sie sehen sie als Chance dafür, auf der Welt für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Deshalb halten sie die Zulassung unabhängiger, unangemeldeter Kontrollen und damit die Schaffung von Transparenz für unabdingbar. (Wenn sich beispielsweise der Bekleidungsriese C&A durch die firmeneigene Instanz Soccam kontrollieren lässt, so macht das wenig Sinn. Unabhängige Kontrollen aber lehnt C&A nach wie vor ab!)

Auch der Vertreter von McDonald's erklärt sich (aufgrund seiner "humanistischen Grundeinstellung") als "Fan der Globalisierung". Er ist der Meinung, dass Firmen Struktur in die Produktionsländer bringen und Arbeitsplätze schaffen. Über Methoden könne man streiten. Allerdings hält er eine politische Tätigkeit der Konzerne für umstritten. Als Beispiel führte er Berlusconi's Macht in Italien an. Unternehmen wie McDonald's verletzen keine Gesetze ("Die Kinder fältschen ihre Ausweise selber. Nicht der Konzern."), sie könnten aber auch nicht gezwungen werden, für die Änderung von Gesetzen einzutreten.

Eva Glawischnig merkte dazu an, dass man Unternehmen nicht explizit in die Politik drängen muss, da sie ohnehin schon politisch tätig seien bzw. dass sich

McDonald's in seiner Werbung politisch zeigt ("Unser Anspruch- überall auf der Welt der beste Arbeitgeber zu sein"). Nur leider würden die sich selbst auferlegten ethischen Regeln, mit denen die Unternehmen werben, keinesfalls immer eingehalten.



Interessant ist auch, dass Klaus Werner Boykottandrohungen und Konsumverweigerung größtenteils ablehnt. Das Schwarzbuch schlägt konkrete Maßnahmen vor, die auch von Einzelnen unterstützt werden können. Zu jeder der 50 Markenfirmen finden sich Internet-Adresse der Firma, Vorstandsadresse und Ansprechpartner der Hauptkritiker. Bei Nestle-Produkten z.B. können Verbraucher das Umsteigen auf fair gehandelten Kaffee androhen, denn das TransFair-Siegel hat inzwischen Einzug in viele Supermärkte gehalten.

Boykottandrohungen und Konsumverweigerung stehen in Österreich aber auch gar nicht zur

Debatte. Laut Information des VKI, der in Bezug auf Unternehmensethik eine Umfrage machte, interessiert sich der Großteil der Österreicher nicht für die Herkunftsländer ihrer Konsumgüter. Allerdings glauben 71% der österreichischen Bevölkerung, prinzipiell mit ihrem Kaufverhalten das Wirtschaftsleben beeinflussen zu können

Die Diskussion war sehr informativ. Und doch blieben am Ende noch einige Fragen offen, z.B. ob McDonald's jetzt wirklich etwas gegen soziale Missstände in den Zulieferfirmen unternimmt. Oder ob es vielleicht unbedenklicher ist, bei Burger King zu essen...

*DIE ANTWORTEN AUF DIESE FRAGEN FINDET FRAU/MAN
(GRÖßTENTEILS) IM*

Schwarzbuch Markenfirmen erschienen beim Verlag Deuticke
(ISBN 3-216-30592-9)

Internetadressen zum Nachlesen:

<http://www.hknet.com>

<http://www.mcspotlight.com>



StRV VWL

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl

Mail: vwl@gmx.at

Der Rote Börsenkrach

Web: <http://www.lili.at/rbk>

Mail: rbk@lili.at

LiLi Linke Liste
basisgruppen win

Web: <http://www.lili.at>

Mail: lili@egroups.com

Alle:

Schildburg, Dr. Karl-Lueger
Ring 1, 1010 Wien
Tel. 4277-19634
Fax. 4277-19633

Der Name **DER ROTE BÖRSENKRACH (RBK)** bezeichnet nicht nur diese Zeitung sondern ist auch der Name der **Basisgruppe Volkswirtschaft** an der Win-Fakultät. Wir treffen uns (und Dich?)...

jeden 2. Dienstag um
18.15 Uhr in der Schildburg
(das nächste Mal am 27.11.2001)

Das Plenum ist offen für alle, die sich dafür interessieren, was in und über Lehrveranstaltungen hinaus noch an der WIN passiert, bzw. passieren sollte/könnte!

Über Studiumsrelevantes hinaus steht der ROTE BÖRSENKRACH aber auch für eine offene Bereitschaft, sich mit gesellschaftlich relevanten Themen, politischem Diskurs und allem anderen Geschehen außerhalb der "heiligen Hallen" der Universität auseinanderzusetzen.

Dabei bieten sich auch auf Fakultätsebene - im Rahmen der LiLi - und auch auf UV und BV - Ebene jede Menge weiterer Möglichkeiten dazu.